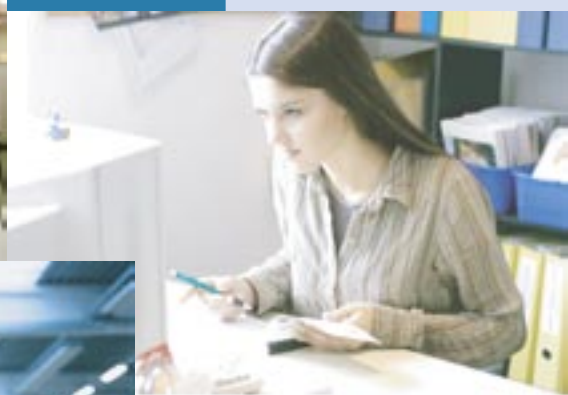
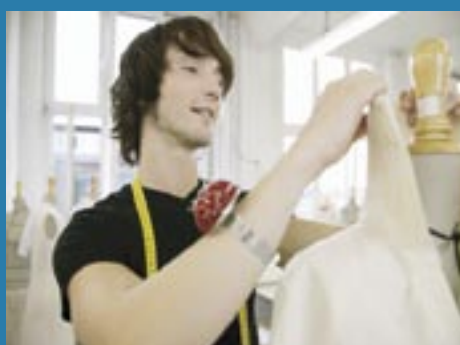
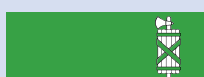


Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft



AMOSA
Arbeitsmarktbeobachtung
Ostschweiz, Aargau und Zug



Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft

AMOSA
Arbeitsmarktbeobachtung
Ostschweiz, Aargau und Zug

Impressum

Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft

Auftraggeber und Herausgeber

Verband Schweizerischer Arbeitsämter, Regionalgruppe Ostschweiz

Bezugsquelle

Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSA)
www.amosa.net («Studien/Jugendarbeitslosigkeit»)

Projektleitung

Dr. Erika Meins, Michael Morlok (Stellvertretung)
Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSA)
c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich

Konzept, Produktion und Layout

Statistisches Amt des Kantons Zürich: Joe Ferrer
Konzept Kantonswappen: Jürg Büchi, Netzprinz, Zug

Druck

gdz AG, Zürich

© AMOSA

Zürich, September 2004

Inhalt

Zusammenfassender Schlussbericht	5
Anhang: Teilnehmerliste START UP!	19

Vorwort

Der Arbeitsmarkt kennt keine Kantonsgrenzen. Deshalb haben die Vorsteher der Ämter für Wirtschaft und Arbeit in den Kantonen Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Zug und Zürich die Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSA) ins Leben gerufen. Ziel ist es, das Verständnis für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Gemeinsam über Kantonsgrenzen hinweg und gemeinsam mit anderen öffentlichen Institutionen sowie mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. ihren Organisationen. Wenn wir den Arbeitsmarkt besser verstehen, können wir unsere Arbeit in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) zielgerichteter wahrnehmen.

Der kontinuierliche Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren hat uns veranlasst, als zweites Projekt dieses Thema zu vertiefen. Jugendarbeitslosigkeit ist eine besonders schwerwiegende Form der Arbeitslosigkeit. Ein missglückter Übergang von der Schule in die Lehre oder von der Lehre bzw. höheren Schule in die Berufarbeit beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und trägt wesentlich zum Risiko einer verzögerten oder verpassten Integration in die Berufs- und Erwachsenenwelt bei. Ziel dieses Projektes war es, Ursachen und Formen der Jugendarbeitslosigkeit besser zu kennen und vor diesem Hintergrund gemeinsam mit Jugendlichen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie deren Organisationen, Berufsberatern, Anbietern und Trägern von Qualifizierungsinstrumenten sowie Vertretern von Volksschul-, Berufsbildungs- und Arbeitsmarktbehörden geeignete Massnahmen zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit zu erarbeiten. Auf den folgenden Seiten werden die wichtigsten Ergebnisse des Projekts vorgestellt.

Wir haben gemeinsam viel gelernt. Ich danke allen Beteiligten herzlich für ihr Engagement.

Für die Regionalkonferenz Ostschweiz
des Verbandes der Schweizerischen Arbeitsämter

Paul Schwendener, Präsident
Chef KIGA des Kantons Graubünden

Projektorganisation

Auftraggeber

Verband Schweizerischer Arbeitsämter, Regionalgruppe Ostschweiz:
Arbeitsamt des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Arbeitsamt des Kantons Appenzell Innerrhoden,
Kantonales Arbeitsamt Glarus, KIGA Graubünden, Amt für Arbeit St. Gallen
Arbeitsamt des Kantons Schaffhausen, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau
Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich sowie
Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Aargau, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zug

Steuerungsausschuss

Karl Arnold, Berufsberatung des Kantons Glarus
Dr. Hermann Engler, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Aargau
Ernst Hügli, Amt für Berufsbildung des Kantons Zug
Bruno Leu, Berufsbildungszentrum SIG Georg Fischer
Walter Plieninger, Arbeitsamt des Kantons Schaffhausen
Edgar Sidamgrotzki (Vorsitz), Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau
Monika Stadelmann, kabel: kirchliche anlauf-/beratungsstelle für lehrlingsfragen

Projektleitung

Dr. Erika Meins, Michael Morlok (Stellvertretung)

Projektteam

Josef Birchmeier, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau
Franco Fiordeponi, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich
Michael Morlok, AMOSA c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich
Felix Müller, Arbeitsamt des Kantons Schaffhausen
Thomas Oegerli, Fachstelle für Statistik St. Gallen
Willy Roth, KIGA Graubünden
Agatha Thürler, KIGA Graubünden
Bernhard A. Weber, seco
Andreas Weyermann, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zug
Christian Zimmermann, Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Aargau

Kontakt

Projektleitung AMOSA
c/o Amt für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Zürich
Walchestrasse 19, Postfach
8090 Zürich
Tel. 043 259 26 36/77
kontakt@amosa.net
www.amosa.net

Zusammenfassender Schlussbericht

AMOSA

Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug

Die Berichterstattung über das Projekt «Jugendarbeitslosigkeit – Situationsanalyse 04 und Massnahmen für die Zukunft» umfasst neben dem vorliegenden zusammenfassenden Schlussbericht folgende Arbeitsberichte, welche im Internet unter www.amosa.net abrufbar sind:

- Determinanten und regionale Aspekte der Jugendarbeitslosigkeit
- Von der Volksschule auf den Arbeitsmarkt! Merkmale der arbeitslosen Jugendlichen
- Problemanalyse aus Sicht der öffentlichen Verwaltung anhand der Kantone Graubünden, Schaffhausen und Zürich
- Problemanalyse und Lösungsansätze aus Sicht von Arbeitgebern
- Protokoll der Zukunftskonferenz START UP!

Zusammenfassung

Die Jugendarbeitslosenquote hat im Januar 2004 in der Deutschschweiz einen historischen Höchststand von 5,4% erreicht. Hinter dem Phänomen Jugendarbeitslosigkeit verbergen sich zwei unterschiedliche Problemfelder. Zum einen sind es Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Lehrstellensuche, welche die Altersklasse der 15–19-jährigen Jugendlichen betrifft. Falls diese Jugendlichen den Einstieg in die Arbeitswelt nicht rechtzeitig schaffen, erleiden sie Nachteile, die sich auf ihr ganzes Erwerbsleben auswirken und der Gesellschaft hohe Kosten verursachen. Kaum thematisiert wird die Arbeitslosigkeit der 20–24-Jährigen, welche mengenmässig viel stärker betroffen sind. Die vorliegende Studie der Ämter für Wirtschaft und Arbeit der Kantone Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Zug und Zürich hat zum Ziel, ausgewählte Aspekte der Jugendarbeitslosigkeit zu analysieren und geeignete Massnahmen zur deren Bekämpfung zu erarbeiten. Die wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchung werden im Folgenden zusammengefasst.

Innerhalb des AMOSA Gebiets sind grosse kantonale Unterschiede auszumachen, mit den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Aargau und Thurgau als speziell stark von Jugendarbeitslosigkeit betroffene Kantone. Seit 1999 ist ein leichter struktureller Anstieg der Arbeitslosigkeit der 15–19-Jährigen zu erkennen. Die Arbeitslosenquote der Altersgruppe der 20–24-Jährigen fällt durch ihre hohe Konjunktursensitivität auf: Eine Änderung der Gesamt-arbeitslosenquote um 10% führt zu einer Änderung der Quote der 20–24-Jährigen um 12,6%. Bei der Interpretation der Zahlen muss berücksichtigt werden, dass sich rund die Hälfte der Jugendlichen nicht bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) melden und dadurch nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik verzeichnet sind.

Überproportional stark von Jugendarbeitslosigkeit betroffen ist die Gruppe der 20–24-Jährigen. Frauen weisen eine höhere Arbeitslosenquote auf als Männer. Speziell grosse Probleme bei der Integration in den Arbeitsmarkt erfahren die ausländischen Jugendlichen: Ihre Stellen-suchendenquote betrug in den AMOSA Kantonen im August 2003 11,0 % (Schweizer Jugendliche: 4,8%).

Basierend auf diesen Erkenntnissen wurde an einer Zukunftskonferenz mit rund 130 Teilnehmenden (Jugendliche, Arbeitgeber und Arbeitnehmer (sowie deren Verbände), Berufsberater, Anbieter und Träger von Massnahmen sowie Vertreter von Volksschul-, Berufsbildungs- und Arbeitsmarktbehörden) Massnahmen zur effektiveren und effizienteren Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt. Zu den Massnahmen gehören ein Case Management (die Begleitung Jugendlicher mit erhöhtem Risiko arbeitslos zu werden bereits ab dem 8. Schuljahr mit dem Ziel Schulabschlüsse ohne Regelung des Anschlusses zu vermeiden), ein Bewerbungs-Logbuch (eine Zusammenstellung von Dokumenten, die der Schüler aktiv gestaltet und die ihn als Orientierungshilfe für Arbeitgeber über die Lehre bis in den Beruf begleitet), zwei verschiedene Mentoringansätze (Begleitung der Jugendlichen bei den Übergängen zwischen Volksschule, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt u.a. durch Pensionierte) und neue Formen von Koordination zwischen den verschiedenen Ämtern und Arbeitgebern.

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt, dass der starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den letzten Jahren unterbrochen ist. Die Jugendarbeitslosenquote hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Für eine Entwarnung gibt es u.a. wegen der strukturellen Zunahme der Jugendarbeitslosigkeit und der zu erwartenden demografischen Entwicklung keinen Grund. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit verdient deshalb auch in den kommenden Jahren volle Aufmerksamkeit.

1. Ausgangslage

Jugendarbeitslosigkeit auf historischem Höchststand

Die Jugendarbeitslosenquote hat im Januar 2004 in der Deutschschweiz einen historischen Höchststand von 5,4% erreicht. Die Zunahme seit dem Tiefststand im Juni 2001 beträgt über vier Prozentpunkte. Hinter dem Phänomen Jugendarbeitslosigkeit verbergen sich zwei unterschiedliche Problemfelder. Zum einen die Arbeitslosigkeit als Folge des Übergangs von Volksschule zur Berufsausbildung, welche die Altersklasse der 15–19-jährigen Jugendlichen betrifft. Zum anderen ist dies die Arbeitslosigkeit der 20–24-Jährigen, welche insbesondere mit dem Übergang auf den Arbeitsmarkt nach abgeschlossener Ausbildung verknüpft ist.

Bei angehenden Lehrlingen¹ ist die Berufswahl mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz und einer Arbeitsstelle gekoppelt. Falls Jugendliche den Einstieg in die Arbeitswelt nicht rechtzeitig schaffen, wird ihr Selbstwertgefühl geschwächt und sie erleiden Nachteile, die sich auf ihr ganzes Erwerbsleben auswirken und der Gesellschaft hohe Kosten verursachen. In einer kürzlich erschienenen Studie² wurde die fehlende nachobligatorische Ausbildung als grösstes Armutsrisiko identifiziert.

Die Lehrstellenproblematik sorgt in den Medien immer wieder für Negativschlagzeilen. Die Probleme der 20–24-Jährigen, die wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die 15–19-Jährigen, werden hingegen kaum thematisiert. Diese einseitige Wahrnehmung des Themas, welche auch auf den Mangel entsprechend aufbereiteter Informationen zurückzuführen ist, führt dazu, dass die Diskussion über Ursachen und Folgen von Jugendarbeitslosigkeit sowie über geeignete Massnahmen zu deren Bekämpfung häufig auf eine Debatte über die Bereitstellung von genügend Lehrstellen reduziert wird.

Projekt der Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug

Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Arbeitsmarkt keine Kantons Grenzen kennt, haben sich die Ämter für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bzw. die Kantonalen Industrie- und Gewerbeämter (KIGA) der Kantone Aargau, Appenzell Inner- rhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Zug und Zürich zur Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSA) zusammengeschlossen. Nach einem Pilotprojekt zum Arbeitsmarkt im Bereich Finanzdienstleistungen³ befasst sich das aktuelle Projekt mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit.

Das Projekt verfolgt das Ziel einerseits, eine gemeinsame Vorstellung von Arbeitsmarktbehörden, Berufsbildungsämtern, Berufsberatern, Arbeitgebern und Trägern über die Situation Jugendlicher beim Einstieg in die Berufswelt zu erarbeiten. Andererseits sollen geeignete Massnahmen zur Verhinderung bzw. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit konzipiert werden. Entsprechend wurde ein zweistufiges Vorgehen gewählt.

In einem ersten (Studien-)Teil des Projekts wurden folgende Fragen untersucht: Wie hat sich die Jugendarbeitslosigkeit entwickelt und was sind die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit? Wie viele arbeitslose Jugendliche gibt es und welche typischen Merkmale zeichnen sie aus? Wie werden bestehende Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beurteilt? Welche Anforderungen haben Arbeitgeber an jugendliche Arbeitskräfte bzw. welche Umstände erleichtern die Anstellung Jugendlicher? Die Untersuchung umfasste insgesamt vier Teilstudien. Die Teilstudien «Von der Volksschule auf den Arbeitsmarkt! Merkmale arbeitsloser Jugendlicher», «Problemanalyse aus Sicht der öffentlichen Verwaltung anhand der Kantone Graubünden, Schaffhausen und Zürich» und «Problemanalyse und Lösungsansätze aus Sicht von Arbeitgebern» wurden von einem Projektteam von Mitarbeitenden der beteiligten Kantone erarbeitet. Die Teilstudie «Determinanten und regionale Aspekte der Jugendarbeitslosigkeit» erarbeitete Bernhard Weber vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) in Zusammenarbeit mit AMOSA.

Im Rahmen des zweiten (Massnahmen-)Teils des Projekts wurde die zweitägige Zukunftskonferenz «START UP! Gemeinsam mehr Chancen für Jugendliche in der Arbeitswelt schaffen» am 19. und 20. August 2004 in Sargans durchgeführt. Ziel war es, Massnahmen zur Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit bzw. zum Umgang mit jugendlichen Arbeitslosen zu identifizieren und Empfehlungen zuhanden der kantonalen Arbeitsmarktbehörden und allen anderen Beteiligten für das weitere Vorgehen zu formulieren. An der Zukunftskonferenz nahmen rund 130 Personen teil: Jugendliche, Arbeitgeber und Arbeitnehmer (sowie deren Verbände), Berufsberater, Anbieter und Träger von Massnahmen sowie Vertreter von Volksschul-, Berufsbildungs- und Arbeitsmarktbehörden.

¹ Im Folgenden wird zur besseren Lesbarkeit bei geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen die männliche Form verwendet.

² Volken, J. und C. Knöpfel (2004): Armutsrisiko Nummer eins: Geringe Bildung. Caritas.

³ «Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bereich Finanzdienstleistungen» (2003). Zusammenfassender Schlussbericht und Arbeitsberichte sind abrufbar unter www.amosa.net.

2. Entwicklung und Stand der Jugendarbeitslosigkeit

Risiko erwerbslos zu werden doppelt so hoch für Jugendliche

Gemäss der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE) des BFS erreichte die Jugenderwerbslosenquote 2003 nach internationalen Normen mit 8,6% den bisher höchsten gemessenen Stand seit Einführung der SAKE im Jahr 1991.⁴ Im Verhältnis der Jugend- zur Gesamterwerbslosenquote ist zudem seit 1996 eine kontinuierliche Zunahme festzustellen. Die Jugenderwerbslosenquote lag im zweiten Quartal 2003 doppelt so hoch wie die Gesamterwerbslosenquote. Die Zunahme der Quote zwischen 2002 und 2003 betrug drei Prozentpunkte.

Jugendarbeitslosigkeit als Problem der lateinischen Schweiz in den 90er Jahren – seither Annäherung deutsche und lateinische Schweiz

Die Arbeitslosigkeit der 15–24-Jährigen verlief in der Schweiz seit 1990 regional unterschiedlich (vgl. Abbildung 1 unten). Deutlich überdurchschnittlich war die Arbeitslosenquote in den 90er Jahren in der lateinischen Schweiz, sie lag mit bis zu fünf Prozentpunkten über der Deutschschweizer Quote. Ab 1997 näherten sich die regionalen Jugendarbeitslosenquoten stark an, wobei die Quote in der lateinischen Schweiz immer noch über dem Wert in der Deutschschweiz liegt. Die Differenz beträgt aber nur noch gut einen

Prozentpunkt. Mit einer Quote von rund 5%, erreichte die Jugendarbeitslosigkeit in der Deutschschweiz im Januar 2004 das höchste Niveau seit Beginn der 90er Jahre.

Unterschiedliche Entwicklung in den AMOSA Kantonen

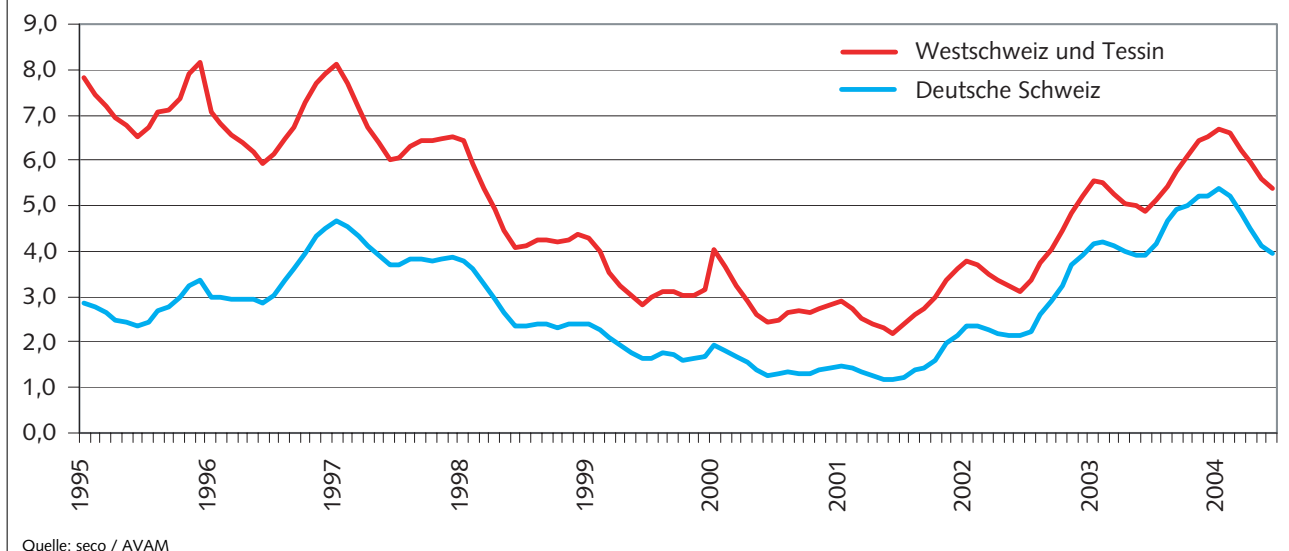
Die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit verlief auch innerhalb der AMOSA Kantone sehr unterschiedlich (siehe Abbildung 2). Während sich im Juni 2004 die Kantone Zürich (4,9%) und Aargau (4,2%) über dem Deutschschweizer Schnitt (4,0%) bewegen, befinden sich die beiden Appenzell (AI 1,8%, AR 2,1%), sowie die Kantone Glarus (2,7%) und Graubünden (2,4%) deutlich unter dem Deutschschweizer Schnitt. Die Kantone St. Gallen (3,5%), Schaffhausen (4,5%), Thurgau (4,0%) und Zug (3,0%) folgen ungefähr dem Verlauf des Deutschschweizer Durchschnitts.

Die Hälfte aller Jugendlichen ohne Arbeit sind nicht beim RAV gemeldet

Im zweiten Quartal 2003 waren in der Schweiz nach SAKE 51 000 Jugendliche erwerbslos. Im zweiten Quartal 2003 haben sich jedoch nur 23 000 Jugendliche bei der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) gemeldet. Jugendliche haben häufig aufgrund finanzieller Unterstützung durch ihre Eltern und den ihnen durch die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung auferlegten Einstelltagen einen kleineren Anreiz, sich bei einem RAV zu melden. Wer nicht beim RAV gemeldet ist, erscheint auch nicht in der offiziellen Arbeitslosenstatistik. Für die Interpretation der folgenden Zahlen heisst das, dass die tatsächliche Zahl der arbeitslosen Jugend-

Abbildung 1

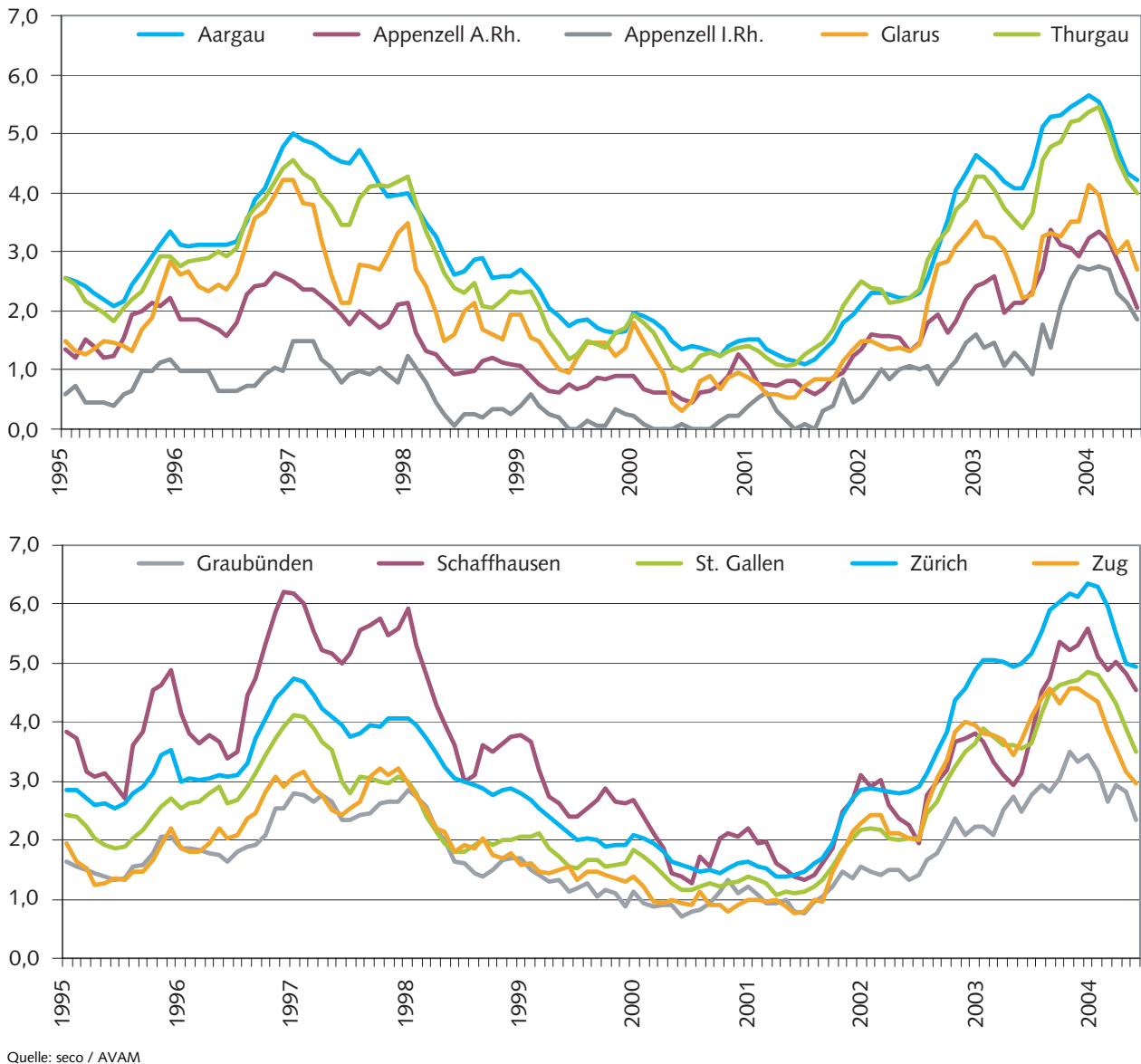
Entwicklung der Jugendarbeitslosenquote (15–24-Jährige) bis Juni 2004



⁴ Arbeitslose: Personen, welche bei einem RAV gemeldet sind, keine Stelle haben und sofort vermittelbar sind (Erfassung mittels AVAM) / Erwerbslose: Personen, welche keine Stelle haben und sofort vermittelbar sind (Erfassung mittels SAKE) / Stellensuchende: Alle arbeitslosen und nichtarbeitslosen Personen, welche beim RAV gemeldet sind und eine Stelle suchen (Erfassung mittels AVAM) / Für eine detailliertere Abgrenzung der Konzepte siehe Arbeitsbericht «Determinanten und regionale Aspekte der Jugendarbeitslosigkeit».

Abbildung 2

Jugendarbeitslosenquote (15–24-Jährige) in den AMOSA Kantonen



Quelle: seco / AVAM

lichen etwa doppelt so hoch ist wie die offiziell ausgewiesen.

3. Erklärung der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in der Schweiz

Leichter struktureller Anstieg der Arbeitslosigkeit der 15–19-Jährigen ...

Das Verhältnis der Arbeitslosenquote der 15–19-Jährigen zur Gesamtarbeitslosenquote bewegte sich zwischen 1992 und 1998 jeweils um ca. 0,6. Seit etwa 1999 hat dieses Verhältnis von 0,6 kontinuierlich auf rund 0,8 zugenommen, was einem leichten strukturellen Anstieg entspricht.

... hohe Konjunktursensitivität der Arbeitslosigkeit der 20–24-Jährigen

Die Arbeitslosenquote der 20–24-Jährigen lag seit Beginn der 90er Jahre um durchschnittlich 45% über der Gesamtarbeitslosenquote. Das Verhältnis der Jugend- zur Gesamtarbeitslosenquote bewegte sich bei den 20–24-Jährigen in der Vergangenheit stets parallel zur Entwicklung der Gesamtarbeitslosenquote, was auf die hohe Konjunktursensitivität der Arbeitslosigkeit der 20–24-Jährigen hindeutet.

tet. Das aktuelle Verhältnis (Januar 2004) von 1,6 ist als hoch einzustufen: Zum letzten Mal wurden ähnlich hohe Werte 1993/94 und 1996/97 gemessen, als die Gesamtarbeitslosenquote gegenüber heute um 20 respektive 25% höher lag. Die hohe Konjunktursensitivität ist ein wichtiges Charakteristikum bei dieser Altersklasse. Eine Änderung der Gesamtarbeitslosenquote um 10 Prozent führte in der Vergangenheit jeweils zu einer Änderung der Arbeitslosenquote der 20–24-Jährigen von 12,6%.

Demographische Entwicklung führt erst ab 2008 zu Entspannung des Arbeitsmarktes

Der Arbeitsmarkt für Jugendliche wurde in der ersten Hälfte der 90er Jahre durch einen relativ starken Rückgang der jugendlichen Bevölkerung entlastet. Ab Mitte der 90er hat die Zahl der 15–19-Jährigen und damit auch die Lehrstellennachfrage wieder zugenommen. Gemäss den Schätzungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) soll diese Zunahme bis ca. 2007 anhalten.⁵ Diese Entwicklungen spiegeln sich zeitlich um fünf Jahre verzögert bei der Altersklasse der 20–24-Jährigen: Eine Zunahme der 20–24-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt seit 2000 und eine zu erwartende Verbesserung ab 2012.

Im dualen Bildungssystem⁶ tritt Risiko arbeitslos zu werden früher auf

Ein fundamentaler Unterschied zwischen den Sprachre-

gionen der Schweiz liegt in der Struktur des Bildungssystems, welche sich ihrerseits relativ direkt auf die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit auswirkt. In Kantonen mit hohem Anteil an schulischen Bildungsangeboten auf der Sekundarstufe II (d.h. nachobligatorische Ausbildung) liegt der Anteil der 15–19-jährigen Arbeitslosen in der Regel unter dem Schweizer Durchschnitt (z.B. in der Lateinischen Schweiz). Die Jugendarbeitslosigkeit der 15–19-Jährigen hat zudem seit Ende der 90er Jahre in Regionen mit einem hohen Anteil an Berufslehren relativ stärker zugenommen. Diese Entwicklung legt nahe, dass das duale Bildungssystem im Vergleich zum schulischen Bildungssystem durch demografische Entwicklungen (Zunahme der Schulabgängerinnen und -abgänger) oder ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen (Rückgang des Lehrstellenangebots) stärker herausgefordert wird.

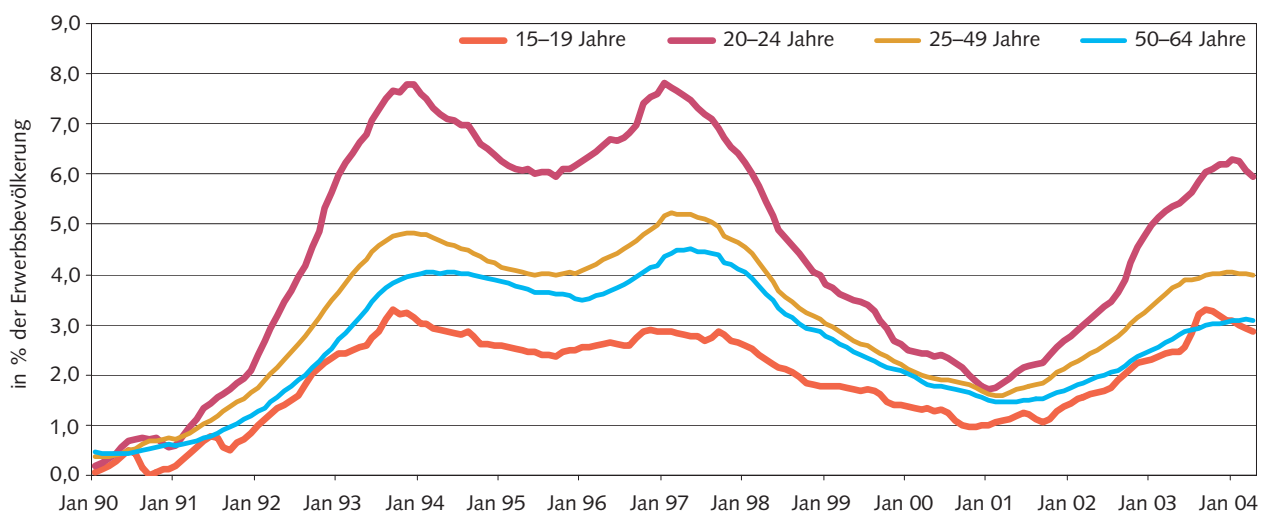
4. Merkmale der arbeitslosen Jugendlichen

Unterdurchschnittliche Arbeitslosigkeit bei den 15–19-Jährigen ...

In der Periode von Juli 2003 bis April 2004 erreichte die saisonbereinigte Jugendarbeitslosenquote bei den 15–19-Jährigen 3%. Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit aller Altersklassen (saisonbereinigt 3,9%) ist dies unterdurchschnittlich. Seit Beginn der 90er Jahre lag die Arbeitslosenquote der 15–19-Jährigen immer unter der durchschnittlichen Arbeitslo-

Abbildung 3

Arbeitslosenquote nach Altersklassen, Schweiz (saisonbereinigt)⁷



Quelle: seco / AVAM

⁵ Für Prognosen zu den Abgängerinnen und Abgängern der obligatorischen Schule vgl. BFS (2004).

⁶ Der Begriff «duals System» bezieht sich auf die Existenz von zwei Lernorten: Lehrbetrieb und Berufsschule.

⁷ Die Zahlen weichen von den offiziellen Quoten ab, welche als Basis die Erwerbspersonen der Volkszählungen 1990 und 2000 verwenden.

senquote.

... doppelt so hohe Arbeitslosigkeit der 20–24-Jährigen

Bei den 20–24-Jährigen betrug die entsprechende Quote 6,1% – doppelt so hoch wie diejenige der 15–19-Jährigen – und lag damit durchschnittlich 45% über der Gesamtarbeitslosenquote.

Überproportional hoher Frauenanteil bei den 15–19-jährigen Stellensuchenden⁸

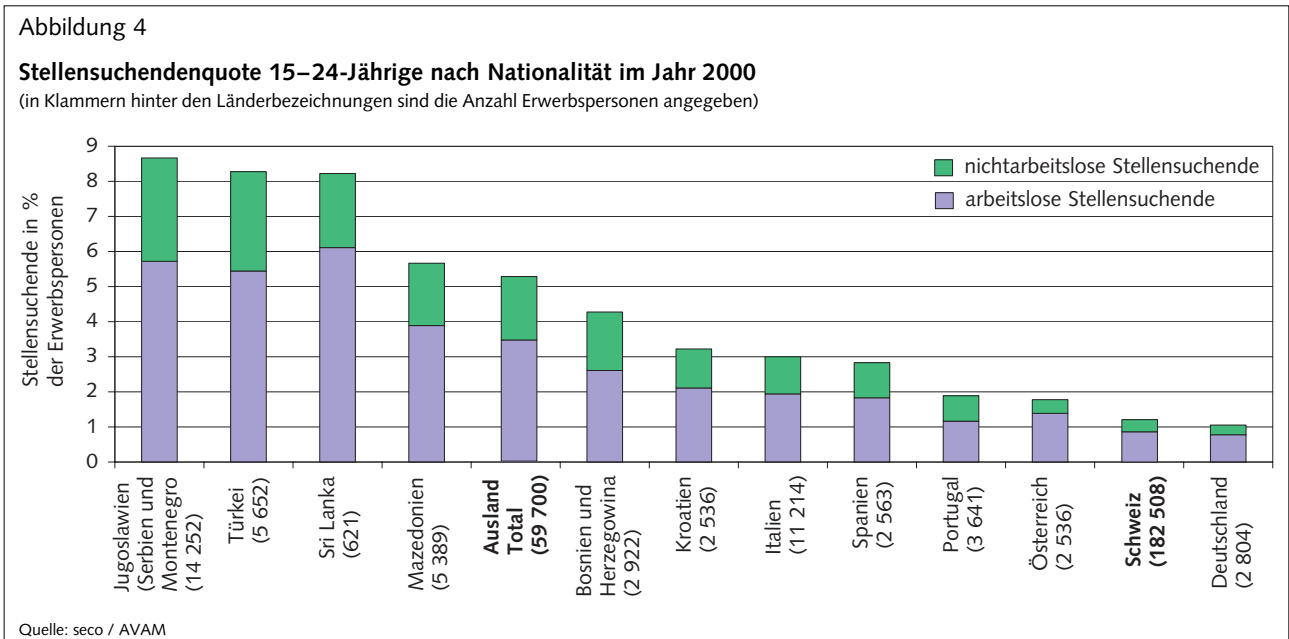
In absoluten Zahlen sind in den AMOSA Kantonen weibliche und männliche Jugendliche von der Arbeitslosigkeit sowohl bzgl. Niveau als auch bzgl. Entwicklung gleich stark betroffen. Die Zahl der weiblichen Stellensuchenden betrug im August 2003 7 717 Personen, diejenige der Männer 7 569 Personen, was bei beiden Gruppen jeweils einer Verdoppelung gegenüber August 2002 entspricht. Da die Erwerbsquote der Frauen in dieser Altersgruppe geringer ist als diejenige der Männer, bedeutet dies aber, dass Frauen verhältnismässig stärker von Jugendarbeitslosigkeit betroffen sind. Die weibliche Stellensuchendenquote betrug im August 2003 6,8%, diejenige der Männer 5,9%. Nach Altersklassen aufgeteilt, wird ersichtlich, dass dieser Geschlechterunterschied bei der unteren Altersklasse bedeutend stärker ausgeprägt ist. Bei den 15–19-Jährigen beträgt die Differenz 1,3 Prozentpunkte, bei den 20–24-Jährigen nur noch 0,5 Prozentpunkte.⁹

Risiko arbeitslos zu werden ist für ausländische Jugendliche mehr als doppelt so hoch

Die Stellensuchendenquote der ausländischen 15–24-Jährigen in den AMOSA Kantonen betrug im August 2003 11,0% (Schweizer: 4,8%). In Abbildung 4 sind die Arbeitslosen- und Stellensuchendenquoten nach den am stärksten betroffenen Nationalitäten für das Jahr 2000 in den AMOSA Kantonen dargestellt.¹⁰ Dabei sind nur Nationalitäten mit mindestens 500 Erwerbspersonen berücksichtigt. Es zeigt sich, dass im Jahr 2000 vor allem Jugendliche aus Serbien und Montenegro, der Türkei und Sri Lanka stark von Jugendarbeitslosigkeit betroffen waren: Die Quote der Stellensuchenden betrug über 8% zu einer Zeit, in der Schweizer Jugendliche eine Quote von nur knapp über 1% aufwiesen. Unterdurchschnittlich im Vergleich zum Total der Ausländer sind die Quoten Jugendlicher aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Italien, Spanien, Portugal, Österreich und Deutschland.

Am meisten arbeitslose Jugendliche aus dem Handel, Gast- und Reparaturgewerbe

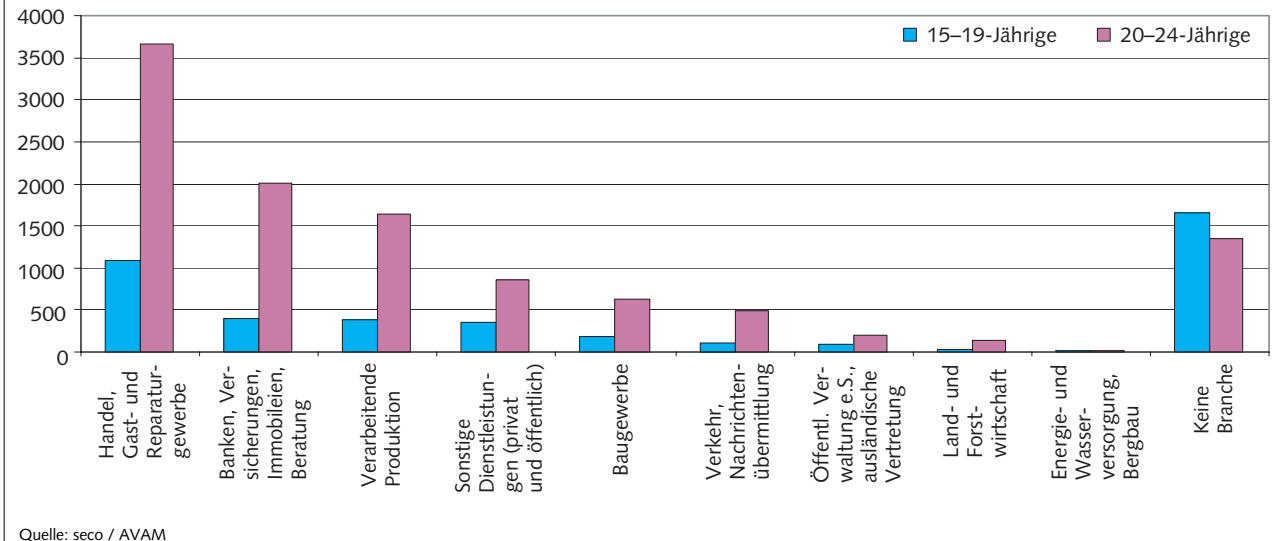
Aus der Abbildung 5 wird ersichtlich, dass eine Mehrzahl der 15–19-jährigen stellensuchenden Jugendlichen in den AMOSA Kantonen noch gar keine Branchenerfahrung gesammelt haben (38%). Von den Jugendlichen mit Branchenerfahrung stammen am meisten aus dem Bereich Han-



⁸ Zur Definition von «Stellensuchende» siehe Fussnote 4.
⁹ Stellensuchendenquote im August 2003 15–19-jährige Frauen 4,6% und Männer 3,0%; 20–24-jährige Frauen 5,9% und Männer 5,3%.
¹⁰ Das Jahr 2000 wurde gewählt, weil beim Berechnen der dargestellten Quoten die Zahl der Erwerbspersonen (letzte Erhebung: Volkszählung 2000) als Basis hinzugezogen wurde. Die Berechnung von Arbeitslosen- und Stellensuchendenquoten zu einem späteren Zeitpunkt kann Verzerrungen unterliegen, da Migrationsbewegungen seit 2000 in der Zahl der Arbeitslosen und Stellensuchenden, jedoch nicht in der Zahl der Erwerbspersonen reflektiert werden.

Abbildung 5

Anzahl stellensuchende 15–19-Jährige und 20–24-Jährige nach Branche (August 2003)



Quelle: seco / AVAM

del, Gast- und Reparaturgewerbe (25%). Von den 20–24-Jährigen stammt die relative Mehrheit (33%) ebenfalls aus dem Bereich Handel, Gast- und Reperaturgewerbe, gefolgt vom Bereich Banken, Versicherungen, Immobilien und Beratung (18%) und der verarbeitenden Produktion (15%). Rund 12% können noch keine Branchenerfahrung vorweisen. Im Vergleich zu den Stellensuchenden aller Altersgruppen sind 20-24-Jährige aus der Land- und Forstwirtschaft überdurchschnittlich und im Bereich Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau unterdurchschnittlich häufig stellensuchend.

5. Die Sicht von Arbeitgebern und Vertretern der öffentlichen Verwaltung

Volksschule und Elternhaus: Ungenügende Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt

Die vertiefte Befragung von neun im Thema engagierten Arbeitgebern, die auf Basis einer Synthese aus bestehenden Flächenbefragungen und zu deren Validierung und Ergänzung geführt wurde, zeigte, dass nicht nur die schwachen Schulleistungen ein Anstellungshindernis sind. Jugendliche werden auch sonst ungenügend auf den Arbeitsmarkt vorbereitet: Mangel an Sozial- und Handlungskompetenz, Schulmüdigkeit, mangelnde Disziplin, mangelnder Wille zu Leistung, schwindende Teamfähigkeit und die fehlende Einsicht, dass Leistung die Grundlage für Erfolg ist, machen

es laut den befragten Arbeitgebern zunehmend schwierig, mit Lehrlingen zu arbeiten. Besonders bedauert wird die Schwächung der Leistungskomponenten (Prüfungen, Noteengebung) in der Volksschule. Spätestens im neunten Schuljahr müssten Jugendliche auf das vorbereitet werden, was sie am Arbeitsplatz erwarten wird. Eine wichtige Funktion hätten dabei auch die Eltern inne, welche zunehmend dieser Rolle nicht gerecht werden würden.

Mangelhafte Koordination mit Volksschule

Bei der Ausgestaltung der Lehrpläne der Abschlussklassen, die unmittelbar an den Übergang in das Arbeitsleben grenzen, ist laut den befragten Arbeitgebern die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft unerlässlich. Arbeitgeber und ihre Verbände wollen partizipieren und sich auch bezüglich den vermittelten Inhalten äussern können. Sie fühlen sich von den Vertretern der Volksschule nicht ernst genommen und bedauern die fehlende Zusammenarbeit. Auch von den 13 befragten Vertretern von öffentlichen Institutionen¹¹ wurde wiederholt erwähnt, dass eine verstärkte behördenübergreifende Zusammenarbeit, insbesondere mit den Volksschulen, begrüsst würde.

Übergang I: Eintritt in die Berufsbildung ist gleichzeitig Berufswahl

Auf Grund der grossen Bedeutung des dualen Berufsbildungssystems in der Schweiz erfolgt der erste Übergang

¹¹ Nach dem Prinzip der Einzelexploration wurden Vertreter der folgenden Behörden und Institutionen befragt: Berufsberatung, Berufsbildung, Jugendsozialarbeit und -beratung sowie RAV (Regionale Arbeitsvermittlung).

Jugendlicher in den Arbeitsmarkt für eine Mehrheit der Jugendlichen früher als in den meisten Ländern mit stärker schulischen Bildungssystemen. Für rund zwei Drittel der Jugendlichen ist die Wahl eines Berufsfeldes gleichzeitig mit der Suche nach einem Ausbildungsplatz und der Stellensuche gekoppelt. Dies erschwert den Suchprozess und erfordert von Jugendlichen eine vergleichsweise hohe Flexibilität bzgl. ihres Berufswunsches.

Berufsberatung müsste Flexibilität bei der Lehrstellensuche stärker fördern

Sowohl die befragten Arbeitgeber wie Vertreter der öffentlichen Verwaltung erwarten von der Berufsberatung, sagen, dass es eine wichtige Aufgabe der Berufsberater ist, bei gefährdeten (potenziell arbeitslosen) Jugendlichen, die Augen für andere Berufe zu öffnen. Dies angesichts der Tatsache, dass für einige Berufsrichtungen kaum mehr Lehrlinge gefunden werden. In diesem Sinn müssten auch die Schnupperlehren noch stärker dazu benutzt werden, ein breiteres Spektrum an Berufsmöglichkeiten kennen zu lernen. Jugendlichen müsse erklärt werden, dass der Berufseinstieg nicht das restliche Arbeitsleben bestimme. Die Wichtigkeit einer realisierbaren Erstausbildung könne nicht genügend betont werden.

Berufslehre für schulisch Schwache zu anspruchsvoll?

Die Berufslehre als institutionelle Verknüpfungsform von Bildungssystem und Arbeitswelt findet sowohl in der Privatwirtschaft wie auch bei Arbeitsmarktexperten fast ungeteilte Unterstützung. Gleichzeitig werden aber Problemfelder geortet. Die Berufslehre, wie sie sich heute darstelle, ist – gemäss den befragten Arbeitgebern – nicht mehr für die schulisch Schwachen da, weil die Anforderungen zu stark gestiegen sind. Die Arbeitgeber bedauern das Verschwinden von Berufen mit niedrigem Anforderungsprofil – einfache Arbeit würde es nämlich genügend geben. Es sollten Ausbildungsgänge geschaffen werden, welche Jugendlichen einen raschen Einstieg in die Arbeitswelt ermöglichen würden (wobei die spätere Weiterentwicklung zu einem höheren Berufsabschluss gewährleistet bleiben müsste).

Die befragten Vertreter der Behörden begrüssen die Reform der Berufsbildung durch das neue Berufsbildungsgesetz. Ein mögliches Problemfeld wird in den höheren Eintrittshürden ausgemacht, die durch das Ersetzen der Anlehre durch die berufspraktische Attestausbildung entstehen. Ausserdem wird befürchtet, dass mit der «Verschulung» der Berufsbildung gerade in vormaligen klassischen Berufen für eher schulschwächere Jugendliche die Chancen auf eine Lehre stark eingeschränkt werden. Da die Reformen seit 2004 umgesetzt werden, wird sich die konkrete Auswirkung erst

in den kommenden Jahren zeigen. Es ist wichtig, dass auf diese Aspekte gerade während den Umsetzungsjahren ein besonderes Augenmerk gelegt wird.

Berufslehre – viele Vorteile, aber Nutzen für nichtausbildende Betriebe zu wenig sichtbar ...

Während sowohl von Arbeitgeber- wie Behördenseite die Berufslehre als unverzichtbar wahrgenommen wird, wird gleichzeitig betont, dass es für das Schaffen von Lehrstellen problematisch sei, dass die Kosten eines Lehrlings für einen Einzelbetrieb einfach messbar, der Nutzen jedoch insbesondere für nichtausbildende Betriebe viel weniger sichtbar sei.¹² Gleichzeitig wird erkannt, dass für das nachhaltige Schaffen von Lehrstellen die Kosten/Nutzensituation in der Ausbildung ausschlaggebend sei. Die Politik müsse dafür sorgen, dass die richtigen Anreize gesetzt werden. Arbeitgeber, die keinen Nettonutzen erzielen, können nur kurzfristig durch Lehrstellenmarketing motiviert werden. Ein positiver Nettonutzen während oder bald nach der Ausbildung ist zentral für eine nachhaltige Ausbildungssituation.

... und zu lang und zu verschult?

Zur Länge der Lehre gibt es widersprüchliche Meinungen: In den Augen einiger der befragten Arbeitgeber sei die «Lieferfrist» der Berufsbildung zu lange. Arbeitgeber hätten im heutigen Wirtschaftszyklus Hemmungen, sich drei bis vier Jahre an Lehrlinge zu binden. Es wurde jedoch auch darauf aufmerksam gemacht, dass eine Verkürzung der Lehrzeit die Lehre nicht attraktiver für die Arbeitgeber machen würde, im Gegenteil: Viele Lehrbetriebe würden einen positiven Nettonutzen über die ganze Lehre erst im dritten und vierten Lehrjahr erzielen. Statt die Lehrdauer zu kürzen sei es wichtig, dass in der Lehre vermehrt zeitlos gültige Fähigkeiten auf dem methodischen und sozialen Bereich vermittelt werden.

Auch die Stärkung der schulischen Elemente in der Berufslehre ist nicht unumstritten. Einige Arbeitgeber kritisierten, dass Lehrlinge dadurch bei gleich hohem Lohn weniger Zeit produktiv im Betrieb verbringen würden. Ausserdem würden die Berufsbilder verkompliziert und verschult. Andere waren der Meinung, dass nach Art des Betriebs unterschieden werden müsse, eine Stärkung der schulischen Elemente könne für gewisse Unternehmenstypen von Vorteil sein, vor allem dann, wenn der Lehrling nach Ende der Ausbildungszeit weiterhin im Betrieb verbleibe.

Es wurde mehrmals die Frage aufgeworfen, ob die Grundausbildung auch in der Berufslehre vom Staat finanziert werden sollte (in Analogie zu den Gymnasien). Gleichzeitig wurde immer wieder betont, dass man kein verstärktes Eingreifen des Staates in die Berufsbildung wünscht. Der Staat sei zu wenig am Puls, das Knowhow liege bei den Betrieben.

¹² Siehe dazu Schweri, J. et al. (2003): Kosten und Nutzen der Lehrlingsausbildung aus der Sicht Schweizer Betriebe. Zürich: Rügger.

Vor- und Nachteile von Lehrverbänden

Ein Vorteil von Lehrverbänden ist, dass Einzelbetriebe nicht alle Anforderungen alleine erfüllen müssen. Die Vertreter der Behörden vermuten, auf diesem Weg seien die Anforderungen des neuen Berufsbildungsgesetzes besser zu meistern. Bei den Arbeitgebern treffen die Lehrlingsausbildungsverbände auf gemischte Meinungen. Als Nachteile wurden genannt: Kosten, Aufgabe der Eigenständigkeit als Ausbildungsinstitution, Konflikte zwischen beteiligten Firmen.

10. Schuljahr: Schlechter Ruf bei Arbeitgebern ...

Mit schulmüden, frustrierten Jugendlichen bringe das Aufholen schulischer Defizite gemäss den befragten Arbeitgebern nicht viel, das 10. Schuljahr sei für diese Jugendlichen lediglich ein «Absitzen». Ohne weitere Anstrengungen sehen die Aussichten auch nach einem Jahr oder Semester nicht besser aus. Die vollschulischen Angebote seien zu theoretisch. Brückenangebote sollten Schulabgängern ohne Lehre neue praxisorientierte Impulse verschaffen. Jugendliche sollten sich in die Grundlagen und das Funktionieren der Wirtschaft einarbeiten und eine Lehrstelle suchen. Das Aufarbeiten von schulischen Defiziten sollte nicht erste Priorität haben.

... Motivationssemester: positive Einschätzung dank Praxisbezug

Positiver werden von den befragten Arbeitgebern die Motivationssemester der Arbeitsmarktbehörden eingeschätzt, weil sie einen starken Praxisbezug aufweisen würden. Von den befragten Vertretern der öffentlichen Verwaltung würde begrüsst werden, wenn ein niederschwelligeres Angebot als die Motivationssemester eingeführt werden würde. Vereinzelt wurde darauf hingewiesen, dass die Bereitschaft der Arbeitgeber, Teilnehmende aus Brückenlösungen aufzunehmen, sinkend sei. Um ihre Arbeitsmarktfähigkeiten zu erhalten, sei es vor allem wichtig, dass den Jugendlichen bei Arbeitslosigkeit schnell eine Anschlusslösung angeboten werden kann.

Ausbau der Zusammenarbeit nötig – insbesondere mit der Volksschule

Für nachhaltige Lösungen ist eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren Wirtschaft – Berufsbildungsbehörde – Arbeitsmarktbehörde – Volksschule unumgänglich. Die Möglichkeiten für die Schaffung von Synergien sind noch nicht ausgeschöpft und die Volksschule muss verstärkt miteinbezogen werden. Der Vorteil von informellen Kontakten ist unbestritten, leider sind sie meist auf Personen bezo-

gen und haben keine institutionelle Basis. Hier besteht die Gefahr, dass beim Weggang der betreffenden Person viel Erarbeitetes wieder verloren geht. Darum ist es wichtig, dass die Führungsgremien der involvierten Ämter eine solide Basis legen für eine ämterübergreifende Zusammenarbeit, die kontinuierlich und nicht von einzelnen Persönlichkeiten abhängig ist.

6. Massnahmen für die Zukunft – Resultate der Zukunftskonferenz START UP!

Zukunftskonferenz: Grundprinzip «das ganze System in einem Raum»

Im Rahmen der zweitägigen Zukunftskonferenz START UP! entwarfen rund 130 Teilnehmende umsetzbare und nachhaltig wirksame Massnahmen zur effektiveren und effizienteren Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Nach dem Prinzip der Zukunftskonferenz, das ganze System in einem Raum abzubilden, diskutierten die Vertreter der verschiedenen Partner, die bei der Integration Jugendlicher in den Arbeitsmarkt involviert sind und dabei eine (Teil-)Verantwortung tragen: Jugendliche, Arbeitgeber und Arbeitnehmer (sowie deren Organisationen), Berufsberatung, Volksschul-, Berufsbildungs- und Arbeitsmarktbehörden, Bildungsinstitutionen, Anbieter von Massnahmen, Institutionen im Bereich Migration, Integration und Freizeitgestaltung (Teilnehmerliste siehe Anhang). Wichtige Resultate der Konferenz sind, nebst den im folgenden beschriebenen Massnahmen, auch die entstandenen Kontakte der Teilnehmenden untereinander, die eine Koordination bestehender Instrumente und Angebote erleichtern.

Erarbeitete Massnahmen

An der Konferenz wurden in einem ersten Schritt mögliche Handlungsfelder festgelegt. Basierend auf diesen wurden anschliessend Projekte skizziert und Massnahmen entwickelt. Diese wurden von den Teilnehmenden im Hinblick auf Dringlichkeit, Effektivität und Umsetzbarkeit bewertet. Diejenigen Projektskizzen, deren Umsetzung als speziell dringlich und realisierbar bewertet wurden, sind:

- **Standardisierte Leistungskriterien, am individuellen Potential orientierte schulische Bildungswege, frühere und besser begleitete Berufswahl:** Im Vordergrund steht hier die Flexibilisierung der Übergänge zwischen Schule und Lehre, weiterführenden Schulen und Zwischenlösungen. Statt Jahrgangsklassen und einer minimalen Schuljahreszahl sollen standardisierte Leistungskriterien und ein verbindliches Austrittsniveau den Zeitpunkt des Übergangs individuell festlegen. Die Berufswahl soll in der Schule bereits im 8. Schuljahr vorbereitet und eine Standortbe-

stimmung im Lehrplan integriert werden. Das Potential der Jugendlichen soll durch gezieltere und individuellere Förderung gestärkt werden: Wahlfächer nebst den Pflichtfächern, Projektunterricht (z.B. Berufswoche).

- **Bewerbungs-Logbuch:** Das Logbuch ist eine Zusammenstellung von Dokumenten, die der Schüler aktiv gestaltet und die ihn als Orientierungshilfe für Arbeitgeber über die Lehre bis in den Beruf begleitet: Elternblatt, Schulzeugnisse, Bericht der Lehrperson über Sozialverhalten, Liste der Schnupperlehren und Schnupperlehrberichte, Liste der Bewerbungen, Eignungstestauswertungen, Kompetenzprofile, Selbstdarstellung des Jugendlichen. Das Logbuch soll dadurch ermöglichen, auch über die sogenannten Soft Skills der Jugendlichen Auskunft zu geben.
- **Mentoring:** Der Mentoringansatz wurde von einer grossen Zahl von Teilnehmenden als vielversprechend bewertet. Zwei unterschiedliche Ansätze wurden entwickelt. Eine Projektskizze («Ältere für Jüngere – Jüngere für Ältere») stellt die Begleitung von Jugendlichen vor und während der Lehre durch Senioren und Frühpensionierte in den Vordergrund. Die Rekrutierung der Senioren erfolgt über Firmen, Service Clubs und Pro Senectute, ihre entsprechende Ausbildung zur neuen Tätigkeit wird durch Fachpersonen sichergestellt. Ähnliche Projekte bestehen bereits in Bern, Zürich und St. Gallen. Das Zielpublikum der zweiten Projektidee («Senior Job Coach») sind die jungen Erwachsenen an der Schwelle des Arbeitsmarktes, die durch Mentoring nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Voraussetzungen für die Umsetzung dieses Projektes sind die Schaffung einer Mentoringkoordinationsstelle und eines Mentoringpools sowie das Setzen von positiven Anreizen für potentielle Mentoren. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände hat bereits Kompetenzen in diesem Bereich erworben.
- **Case Management:** Der Klassenlehrer soll eine Mitverantwortung für die Erfassung von Jugendlichen mit einem höheren Risiko arbeitslos zu werden bereits ab dem 8. Schuljahr tragen. Diese Jugendlichen sollen im Sinne eines Case Managements begleitet werden. Ziel ist, dass es keine Schulabschlüsse ohne Regelung des Anschlusses mehr gibt und dass «Fälle» ohne Anschlusslösung an weiterführende Institutionen «übergeben» werden. Die Koordinationsverantwortung liegt hier beim Klassenlehrer, mit Einbezug der Eltern und des persönlichen Netzwerks der Jugendlichen.
- **Jugendkompetenzzentrum:** In einem Jugendkompetenzzentrum fliessen Informationen über von Arbeitslosigkeit gefährdete Jugendliche, Informationen über Stellenangebote usw. zusammen. Das Zentrum betreibt Marketing

für Lehren, Praktika und Vorlehren, bietet Beratung und Begleitung an, koordiniert Massnahmen und nutzt dadurch Synergien. Das Zentrum dient weiter als öffentlich zugängliche Informationsstelle für Unternehmen und weitere Partner und erhebt Daten zu Schulabgängern, Lehrstellen (Bedarfsanalyse) und weiteren Angeboten. Bei der Organisation des Zentrums sollen die verschiedenen Ämter und die Wirtschaft eingebunden werden.

- **Cantonal Economic Forum:** Berufsbildung setzt eine ökonomische Sichtweise und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft voraus. Ein je nach Thema unterschiedlich zusammengesetztes Cantonal Economic Forum soll den Kommunikationsfluss zwischen Kanton/Bund, Bildungsinstitutionen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer (sowie deren Organisationen) institutionalisieren und verbessern. Themen, die u.a. vom Forum diskutiert werden sollen, sind die Förderung von Ausbildungsverbänden, allgemeingültige Leistungsstandards in den Schulen sowie die Verteilung der Lehrlingsausbildungskosten zwischen Staat und Wirtschaft. Einen Vorläufer gibt es bereits mit dem Zuger Berufsbildungsverbund.

Umsetzung in den Kantonen

Schliesslich identifizierten die Konferenzteilnehmenden diejenigen Projekte und Massnahmen, die ihnen für ihren Kanton besonders interessant und Erfolg versprechend erschienen. Ziel dieses letzten Konferenzteils war eine erste Konsolidierung der Ideen und die Fokussierung auf Projektskizzen, die man innerhalb der Kantone weiterverfolgen will. Pro Kanton wurde eine Ansprechperson definiert.

Für die Teilnehmenden aus dem Kanton **Aargau** steht die Stärkung von Leistungsstandards in der Volksschule und die Koordination der beteiligten Partner im Vordergrund. Die Idee eines Jugendkompetenzzentrums wird weiter erörtert. Definitiv weiter verfolgen will man eine verstärkte Koordination zwischen Arbeitgebern, der Abteilung Berufsbildung und Mittelschule und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit. Ansprechpersonen: Hermann Engler und Janine Hartmann (Amt für Wirtschaft und Arbeit).

Teilnehmenden der Kantone **Appenzell Inner- und Ausserrhoden, Glarus** und **Graubünden**, die vier am wenigsten von der Jugendarbeitslosigkeit betroffenen Kantone, möchten sich darauf konzentrieren, auszubildende KMUs zu entlasten. Dazu plant der Kanton Graubünden eine kantonale Zukunftskonferenz. Ansprechperson: Agatha Thürler (KIGA Graubünden).

Die Teilnehmenden aus dem Kanton **Schaffhausen** möchten eine Standortbestimmung im 8. Schuljahr einführen, Mentoring und Coaching stärken und den Ausbau von Lehrver-

bünden vorantreiben. Dazu sollen drei Pilotstädte definiert und nach einem Jahr Resultate verglichen werden. Ansprechperson: Bruno Leu (Berufsbildungszentrum SIG Georg Fischer).

Die Teilnehmenden des Kantons **St. Gallen** wollen beide Mentoring Projektskizzen, Lehrverbände und Bewerbungs-Logbuch weiterverfolgen. Ansprechperson: Walter Abderhalden (Amt für Arbeit).

Die Teilnehmenden des Kantons **Thurgau** möchten eine interdisziplinäre Kontaktgruppe bilden, die sich mit der Konkretisierung der folgenden Projektskizzen auseinandersetzen soll: Mentoring, Bildungsinhalte diskutieren, Bildungsverantwortung der inaktiven Betriebe erweitern, Berufsreformen (neue Chancen), Bündelung der Entwicklungen, Überblick verschaffen, Informationswege klären. Ansprechperson: Josef Birchmeier (Amt für Wirtschaft und Arbeit).

Die Teilnehmenden aus dem Kanton **Zug** beabsichtigen den Senior Job Coach weiterzuverfolgen und möchten besonders die Übergänge Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II und Sekundarstufe II in den Arbeitsmarkt genauer unter die Lupe nehmen. Ansprechperson: Roger Augsburg (Amt für Berufsbildung).

Im Kanton **Zürich** werden zur Erleichterung der Übergänge zwischen Volksschule, beruflicher Grundbildung und Arbeitsmarkt die Projektideen zu Mentoring und Coaching weiter verfolgt bzw. bestehende Aktivitäten nach Möglichkeit ausgebaut. Man fasst ins Auge, früher und verbindlicher Jugendliche bei der Berufswahl zu unterstützen. Die Schüler sollen sich früh mit der Arbeitswelt auseinandersetzen, eine Standortbestimmung vornehmen und sich mit individuellen Lehrplaninhalten gezielter auf den Einstieg in die nächste Bildungsstufe vorbereiten. Die Projektideen Bewerbungs-Logbuch und Jugendkompetenzzentrum will man weiterdenken. Ansprechperson: Luzi Schucan (Mittelschul- und Berufsbildungsamt).

Auf **nationaler Ebene** empfiehlt man das Mentoring von Jugendlichen anzugehen und signalisiert Bereitschaft zur Anstossfinanzierung. Ansprechperson: Tony Erb (seco)

7. Folgerungen

Jugendarbeitslosigkeit wird ein aktuelles Thema bleiben

Die Entwicklung der letzten Monate zeigt, dass der starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit der letzten Jahre unterbrochen ist. Die Jugendarbeitslosenquote hat sich auf hohem Niveau stabilisiert. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung: Die Arbeitslosigkeit der 15–19-Jährigen ist durch eine strukturelle Zunahme über die letzten Jahre gekennzeichnet. Die Jugendarbeitslosigkeit dieser Altersklasse wird daher unabhängig von der Entwicklung der Gesamtarbeitslosigkeit ein dringendes Thema bleiben. Eine Entlastung des Lehrstellenmarktes durch einen demographischen Rückgang der jugendlichen Bevölkerung ist erst ab 2008 zu erwarten. Die Erwerbssituation der 20–24-Jährigen ist demgegenüber sehr konjunktursensitiv. Es ist eine rasche Erholung zu erwarten, wenn die allgemeine Arbeitslosigkeit zurückgeht, bei einer Zunahme der Arbeitslosigkeit wird die Zahl der 20–24-jährigen Arbeitslosen aber schnell wieder ansteigen. Das Thema Jugendarbeitslosigkeit verdient deshalb auch in den kommenden Jahren volle Aufmerksamkeit.

Breitere Betrachtung nötig

Die Diskussion der Jugendarbeitslosigkeit hat sich in der Schweiz bisher im wesentlichen auf das Angebot und die Nachfrage auf dem Lehrstellenmarkt beschränkt. Die Erkenntnisse des AMOSA Projekts zeigen, dass das Thema viel breiter betrachtet und besonderes Augenmerk auch auf die Berufsvorbereitung in der Schule, auf das erhöhte Arbeitsloskeitsrisiko von ausländischen Jugendlichen sowie auf den Übergang von der Berufsbildung in die Arbeitswelt gerichtet werden muss.

Jugendarbeitslosigkeit als Problem der Übergänge

Bei der Diskussion ist das Verständnis der Übergänge von zentraler Bedeutung: Der erste Übergang befindet sich zwischen Schule und Berufsbildung. Massnahmen zur Prävention von Jugendarbeitslosigkeit müssen schon in der Schule beginnen. Früher als bisher sind Unterstützung bei der Berufswahl nötig. Interessante Ansätze sind auch ein Bewerbungs-Logbuch, Case Management und Mentoring. Der zweite Übergang findet zwischen Berufsbildung und Berufseinstieg statt. Auch hier kann gezieltes Mentoring zur Prävention und Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit beitragen. An die Wirtschaft gerichtet ist der Appell, Absolventen einer Berufsbildung eine Chance zu geben, erste Berufserfahrung zu sammeln.

September 2004, Dr. Erika Meins und Michael Morlok

Anhang: Teilnehmerliste START UP!

AMOSA
Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug

Aargau: Amt für Wirtschaft und Arbeit (Hermann Engler, Janine Hartmann, Christian Zimmermann), AREVA T&D AG (Paul Bussmann), BIZ (Eva Eliassen, Hermann Meier, Martin Ziltener), Circle 4 Aargau GmbH (René Steinegger), Departement Bildung, Kultur und Sport (Thomas Eichenberger, Priska Furrer, Claude A. Jaccaud, Heinz Meier), FHA Fachhochschule Aargau Pädagogik (Marcello Weber), HEKS LernWerk (Nicole Bussmann), Kantonale Schule für Berufsbildung (Angelo De Moliner), Kantonale Verwaltung (Heinz Bysäth), Kantonaler Sozialdienst (Robert Jäger, Kurt Jenni), Lernzentren LfW (Andreas Rüegg), Möbel Pfister AG (Monika Vogt), Stiftung Wendepunkt (Jürgen Wehmann), Wiva-Ausbildung und Qualifikation (Werner Hertner)

Appenzell Ausserrhoden: RAV Appenzell A.Rh. (Peter Näf)

Glarus: Kant. Arbeitsamt (Peter Baumgartner), Kantonale Berufsberatung (Karl Arnold)

Graubünden: Amt für Berufsbildung (Meinrad Rieder), EMS-CHEMIE AG (Fredy Tischhauser), GastroGraubünden (Fluregn Fravi), Graubündner Kantonbank (Martin Brenn), Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Willy Roth, Paul Schwendener, Agatha Thürler), Kantonales Sozialamt (Margrit Gansner)

Schaffhausen: Berufsbildungsamt (Rolf Dietrich), Berufsbildungszentrum SIG Georg Fischer (Bruno Leu), BIZ (Walter Bernath), Cilag AG (Hanni Räss), Handelsschule KVS (René Schmidt), Kantonales Arbeitsamt (Felix Müller, Walter Plieninger)

St. Gallen: Amt für Arbeit (Walter Abderhalden, Ruedi Näf), Amt für Volksschule (Jürg Müller), Berufs- und Laufbahnberatung Sarganserland (Rosalia Humm), Berufs- und Weiterbildungszentrum Sarganserland (Marlies Bislin), Die Chance – Stiftung für Berufspraxis (Helmut Gehrler, Hans Heeb), Fachstelle für Statistik (Thomas Oegerli), Fachstelle Jugend Familie Schule (Marc Gilliland), Integrationsstelle Stadt St.Gallen (Peter Tobler), Jugendsekretariat der Stadt St.Gallen (Michaela Hänggi), Kinder- u. Jugendpsychiatrische Dienste (Gudrun Hermann, Christine Walter), RAV Sargans (Urs Greuter), Zentralstelle für Berufsberatung (Jutta Röösl) und Jugendliche (Mandy Baumgartner, Avni Haliti, Nadine John, Samantha Kranz, Michaela Strub, Milena Tönz, Bettina Wildhaber)

Thurgau: Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (Ueli Berger, Ernst Knipfer), Amt für Wirtschaft und Arbeit (Josef Birchmeier, Edgar G. Sidamgrotzki), Fritz Gegauf AG BERNINA Nähmaschinenfabrik (Hansruedi Labhart), Industrie- und Handelskammer Thurgau (Peter Maag), Stiftung Zukunft Thurgau (Markus Kumin, Anders Stockholm), Verein Kompass (Frank Eichelkraut Walser)

Zug: Amt für Berufsbildung (Roger Augsburg, Ernst Hügli, Beat Schuler), Amt für Wirtschaft und Arbeit (Bernhard Neidhart, Andreas Weyermann), BIZ Zug (Bernadette Boog), Integrationsschule (Valeria Reiterhauser), Motivationssemester «Einstieg in die Berufswelt» (Bernhard Bächinger), Oberstufe Steinhausen (Urs. J. Odermatt), Rittmeyer AG (Heidi Utiger), Zuger Berufsbildungs-Verbund (Beat Gauderon)

Zürich: Amt für Wirtschaft und Arbeit (Hans-Peter Burkhard, Franco Fiordeponi, Edith Gitermann-Huber), Beratungs- und Präventionsstelle Schule Hombrechtikon (Lothar Janssen), Berufsbildungsprojekte Dr. Emil Wettstein GmbH (Emil Wettstein), BIZ Kloten (Roger Herzog), Caritas Zürich incluso (Christine Reh), Evang.-ref. Pfarramt Erlenbach (Andreas Cabalzar), Fachstelle der Kantonalen Beauftragten für Integrationsfragen (Michael Bischof), Jugendseelsorge Zürich (Therese Zweifel Rossi), Kantonaler Gewerbeverband (Sylvia Meyer), Kantonales Labor Zürich (Georg Schäppi), kirchliche anlauf- und beratungsstelle für lehrlingsfragen kabel (Monika Stadelmann), Laufbahnzentrum der Stadt Zürich (Bert Höhn), Lehrstellenprojekt 16+ (Helgard Christen), Migros-Genossenschafts-Bund (Cornelia Hürzeler), Mittelschul- und Berufsbildungsamt (Luzi Schucan, Hans Jörg Höhener), Nahtstelle (Martin Wolfer), RAV Zürich Oerlikon (Marie-Hélène Birchler Balbuena), Sozialdepartement der Stadt Zürich (Lisa Berrisch, Dagmar Bach), Verein Job, Berufsintegration & Coaching (Thomas Diener), Verein Offene Jugendarbeit Zürich (Katharina Prelicz-Huber), Volksschulamt (Madeleine Wolf) und Jugendliche (Samantha Fässler, Tamira Gisler, Dario Kurath, Jonas Stegmann, Keerthhana Yogarajah)

National: Arbeitgeberverband Schweizerischer Papier-Industrieller und Vereinigung Zürcherischer Arbeitgeberverbände der Industrie (Max Fritz), Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (Hugo Barmettler, Belinda Walther), beco Berner Wirtschaft (Karin Maja Bader), KV Schweiz (Mario Antonelli), Office cantonal de l'emploi du canton de Genève (Christine Dellsperger), Projekt «Fundatio Adecco» (Johannes Bartels), Schweizerischer Arbeitgeberverband (Urs F. Meyer), Schweizerisches Institut für Berufspädagogik (Jürg Schweri), Service de l'industrie, du commerce et du travail du canton de Valais (Sandrine Branca), Staatssekretariat für Wirtschaft (Mario Ceppi, Tony Erb, Bernhard Weber)

AMOSA: Erika Meins, Michael Morlok

Moderation: Beate Kuhnt, Dani Rey

Der Arbeitsmarkt kennt keine Kantonsgrenzen

Für eine rasche und nachhaltige Wiedereingliederung von Stellen Suchenden braucht es adäquate Informationen zum Arbeitsmarkt. Diese systematisch und wissenschaftlich zu erheben und zu analysieren ist das Ziel der Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau und Zug (AMOSa).

Ausgehend von der Erkenntnis, dass der Arbeitsmarkt keine Kantonsgrenzen kennt, haben sich die Ämter für Wirtschaft und Arbeit (AWA) bzw. die kantonalen Industrie- und Gewerbeämter (KIGA) der Kantone Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Graubünden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau, Zug und Zürich zur gemeinsamen Arbeitsmarktbeobachtung zusammengeschlossen.

Mit substantiellen Informationen soll schrittweise das Verständnis für den kantonsübergreifenden Arbeitsmarkt verbessert werden. Diese Grundlagen sollen dazu dienen, die bestehenden Qualifizierungsangebote anzupassen sowie neue zu entwickeln und die Förderung von Stellen Suchenden durch die öffentliche Arbeitsvermittlung zu erleichtern.